

Andrea Schneiker/Jutta Joachim

Warum so freundlich?

Der Umgang von NGOs
mit privaten Sicherheits- und Militärfirmen

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen im Band "Sicherheitskultur. Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr" (2012), herausgegeben von Christopher Daase, Philipp Offermann und Valentin Rauer, Campus, Frankfurt/Main.

Wir danken dem Campus-Verlag für die freundliche Genehmigung zur freien Wieder-Veröffentlichung. Alle Informationen sowie eine Bestellmöglichkeit findet sich unter [www.campus.de]

Warum so freundlich? Der Umgang von NGOs mit privaten Sicherheits- und Militärfirmen

Andrea Schneiker/Jutta Joachim

Spätestens seit dem letzten Irak-Krieg 2003 ist die Privatisierung von Sicherheit durch private Sicherheits- und Militärfirmen (PSMFs) ein Thema in den Internationalen Beziehungen.¹ Die Frage nach der Reaktion gesellschaftlicher Akteure auf diese Entwicklung wurde allerdings bislang nur ansatzweise behandelt (Joachim 2010), obwohl die Arbeit der Firmen ein für die gesellschaftliche Ordnung und den Staat konstitutives Element betrifft: das staatliche Monopol legitimer Gewalt. Ausgehend von dieser Forschungslücke untersucht der Aufsatz die Reaktionen von US-amerikanischen und britischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auf die Privatisierung von Sicherheit durch PSMFs.

Unter PSMFs werden hier transnationale Unternehmen verstanden, die polizeiliche, militärische und Sicherheitsdienstleistungen mit Bezug zu einem bewaffneten Konflikt erbringen. Darunter fallen vor allem Beratung, Training, Aufklärung, Minenräumung, Entwaffnung und Wiedereingliederung von ehemaligen Kombattanten, Personen-, Gebäude- und Konvoischutz, Logistik und technische Unterstützung, aber auch Kampfeinsätze. Neben dem Dienstleistungs- ist auch das Kundenspektrum weit und umfasst neben Staaten internationale Regierungsorganisationen, NGOs und Unternehmen.

Die Bedeutung dieser Firmen hat seit Beginn der 1990er Jahre quantitativ und qualitativ zugenommen. Während das Verhältnis regulärer Soldaten zu Angestellten von PSMFs im Golfkrieg zu Beginn der 1990er Jahre bei ungefähr 60 zu 1 lag, stellten PSMFs im Jahr 2009 ungefähr jeweils die Hälfte der US-amerikanischen Truppen im Irak und in Afghanistan dar (CWC 2009: 20–21; UN Working Group 2010: 1). PSMFs sind jedoch nur die »Speerspitze« (Singer 2003) eines grundsätzlichen Trends zur Privatisierung

¹ Die Autorinnen danken Natalia Dalmer für ihre Unterstützung bei der Recherche zu diesem Aufsatz.

von Sicherheit: »In almost every society across the globe, private security has become a pervasive part of everyday life, and in many countries private security personnel now outnumber their public counterparts by a considerable margin.« (Abrahamsen/Williams 2011: 1) Private Sicherheitsdienstleistungen im Allgemeinen »ha[ve] become so integrated into our daily activities of work and leisure as to go mostly unnoticed« (Abrahamsen/Williams 2011: 1). Mit Blick auf PSMFs im Speziellen kommt Peter W. Singer bereits 2004 zu der Einschätzung, dass »the fact that PMFs operate in over fifty states, often on behalf of governments, suggests a basis for arguing a norm of their legitimacy and a general acceptance of the phenomenon« (Singer 2004: 533). Ähnlich argumentieren Anna Leander und Rens van Munster. Sie betrachten die zunehmende Beauftragung von PSMFs als Ausdruck einer Norm der »neo-liberal governmentality« (Leander/van Munster 2007; Deitelhoff/Geis 2007), die vor allem in den USA und in Großbritannien akzeptiert und verbreitet ist.

So gesehen lässt sich der Einsatz von PSMFs als Ausdruck der Sicherheitskultur vor allem in angelsächsischen Ländern begreifen, die Christopher Daase definiert »als die Summe der Überzeugungen, Werte und Praktiken von Institutionen und Individuen [...], die darüber entscheiden, was als eine Gefahr anzusehen ist und wie und mit welchen Mitteln dieser Gefahr begegnet werden soll« (Daase 2011: 61). Zugleich sind PSMFs aber auch Akteure der Sicherheitskultur, indem sie, beispielsweise durch »Versicherheitlichung« (*securitization*), Bedrohungen für den einzelnen Kunden aber auch für Gesellschaften definieren und so mit darüber bestimmen, wie diesen Bedrohungen zu begegnen ist (Leander 2005). Eine entsprechende politische Autorität beziehen PSMFs aus ihrer Anerkennung als »Sicherheitsexperten« (Leander/van Munster 2007) und einem sich verändernden Umgang mit Sicherheitsfragen dahingehend, dass aktuelle Reformen »im Zuge der *new public management*- und *governance*-Paradigmen dem ökonomisch inspirierten Leitbild der möglichst effizienten Lösung von Sachproblemen [folgen]« (Deitelhoff/Geis 2007: 303). Diese Normalisierung der Privatisierung von Sicherheit und ein damit einhergehendes »managerial understanding of security« (Leander/van Munster 2007: 202) tragen zu einer Depolitisierung von Sicherheit bei (Leander/van Munster 2007: 202). Dies ist im Interesse der Firmen, unterbindet jedoch alternative (Bedrohungs-)Diskurse und verhindert dadurch die Diskussion alternativer Strategien und Maßnahmen für den Umgang mit Bedrohungen (Leander/van Munster 2007: 208).

Auch NGOs sind Sicherheitsakteure, die Bedrohungen definieren und Prozesse der *securitization* betreiben (Vaughn 2009). Daher können PSMFs und NGOs als Konkurrenten um die Definitionsmacht über sicherheitsrelevante Probleme verstanden werden. Diese Konkurrenzsituation wird vor allem in humanitären Notsituationen deutlich, in denen sich neben NGOs auch immer häufiger PSMFs betätigen, um in Not geratenen Menschen zu helfen (DynCorp 2008; ISOA 2011; Menches 2010: 10–11). Diese Konkurrenzsituation, die in der Sache das staatliche Gewaltmonopol berührt, wurde in wissenschaftlichen Arbeiten bislang kaum berücksichtigt. Im Sinne eines ersten Schritts diese Lücke zu füllen, wird in diesem Aufsatz statt der sonst gängigen Vorgehensweise nicht das Spannungsfeld zwischen staatlichen/öffentlichen und nichtstaatlichen/privaten Akteuren fokussiert, sondern vielmehr das zwischen nichtstaatlichen/privaten Akteuren: PSMFs und NGOs. Politikwissenschaftlich betrachtet ist dieses von Interesse, weil die Übernahme humanitärer Aufgaben und humanitärer Diskurse durch PSMFs möglicherweise nicht nur das humanitäre Feld rekonfiguriert, sondern auch die traditionelleren humanitären Akteure, wie eben NGOs, vor neue Herausforderungen stellt, insbesondere für die Neutralität, die viele von ihnen beanspruchen.

Entsprechend ist der Umgang von NGOs mit dem Thema PSMFs im Kontext der Sicherheitskultur in den USA und in Großbritannien zu verstehen und zu erörtern. »Sicherheitskultur übersetzt« [...] bestimmte Phänomene selektiv in Bedrohungen« (Kolliarakis 2011: 72). Bei der Beschäftigung mit Sicherheitskultur kommt daher Diskursen eine wichtige Rolle zu, worunter wir sowohl geschriebene und gesprochene Texte als auch Praktiken fassen. Geht man einerseits davon aus, dass NGOs gemeinwohlorientiert agieren, sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen und eine *Watchdog*-Funktion übernehmen, und beobachtet man andererseits ihr Verhalten auf Veränderungen in anderen Politikfeldern (beispielsweise Umwelt), so wäre zu erwarten, dass sie der positiven Einstellung gegenüber PSMFs einen kritischen Diskurs entgegensetzen. Unsere Analyse zeigt jedoch, dass dies nur bedingt der Fall ist. Viele NGOs führen einen moderaten Diskurs, der entsprechend weniger auf Konfrontation ausgerichtet, sondern um Ausgleich bemüht ist, und beteiligen sich proaktiv an der Formulierung von Vorschlägen zum Umgang mit PSMFs.

Aufbauend auf einer Recherche in Publikationen zum Thema PSMFs und im Internet haben wir fünf US-amerikanische und sechs britische NGOs identifiziert, die sich mit dem Thema PSMFs befassen. Die US-ame-

rikanischen NGOs sind *Amnesty International USA*, *Center for Constitutional Rights*, *Codepink*, *Corpwatch* und *Human Rights First* und die britischen *Business & Human Rights Resource Centre*, *Campaign Against Arms Trade* (CAAT), *International Alert*, *Rights & Accountability in Development* (RAID), *Saferworld* und *War on Want*. Deren Homepages und zugängliche Veröffentlichungen haben wir mittels einer Inhaltsanalyse (Mayring 2008) untersucht, um festzustellen, wie die jeweiligen NGOs das Thema PSMFs darstellen und diskutieren und welche Strategien sie dabei verwenden. Hierzu haben wir zum einen auf das Konzept des Framing als heuristisches Instrument und zum anderen auf die Literatur zu NGOs und transnationalen Advokatennetzwerken (TANs) (Carpenter 2007a; 2007b; 2010; Joachim 2003; 2007; Keck/Sikkink 1998) zurückgegriffen. Die Analyse der Homepages von NGOs ist in diesem Kontext hilfreich, denn »[i]n creating an online persona, NGOs engage in framing activities [...] by shaping the ways that issues are conceptualized and understood« (Warkentin 2001: 36–37; Carpenter 2007a: 113; 2010: 232). Zur Erklärung des Diskurses der NGOs kontextualisieren wir diesen mit Blick auf die Sicherheitskultur und die politischen Opportunitätsstrukturen (McAdam/McCarthy/Zald 1996) in den USA und in Großbritannien. Bevor wir auf die heuristischen Instrumente, die Untersuchungsergebnisse und die Analyse detaillierter eingehen sowie abschließend einen kurzen Ausblick auf mögliche zukünftige Forschungsfragen geben, erläutern wir zunächst die wichtigsten Parameter der Privatisierung von Sicherheit durch die Beauftragung von PSMFs in den USA und in Großbritannien.

Privatisierung von Sicherheit und PSMFs in den USA und in Großbritannien

In den USA ist die Privatisierung von Sicherheit durch den Staat im Vergleich zu anderen Industrienationen am weitesten fortgeschritten. Nach den USA beheimatet Großbritannien einen der wichtigsten Märkte für PSMFs (Joachim 2010: 12). Dennoch gibt es Unterschiede in den Beziehungen der Regierungen zu PSMFs. US-amerikanische PSMFs schließen den Löwenanteil ihrer Verträge mit der US-Regierung ab (UN Working Group 2010: 7). Die *Commission on Wartime Contracting in Iraq and Afghanistan* (CWC), eine unabhängige Kommission des US-Kongresses, kommt in einem Bericht von 2009 zu folgendem Ergebnis: »Contractors are now literally in the cen-

ter of the battlefield in unprecedented numbers« (CWC 2009: 20). Die CWC ist gar der Ansicht: »[T]he United States has come to over-rely on contractors« (CWC 2010: 9). Im Gegensatz dazu arbeiten britische PSMFs nur zu ca. 10 Prozent für Regierungen (Schulz 2008: 150; UN Working Group 2010: 5) und meist für andere Firmen oder NGOs (Bearpark 2007; 2009: 18–20; Schulz 2008: 150). Die britische Regierung beauftragt PSMFs hauptsächlich mit logistischen und technischen Aufgaben sowie dem Training der eigenen Streitkräfte (Krahmann 2005: 280; Wulf 2005: 188–189) und außerhalb Großbritanniens mit der Bewachung von Anlagen und Konvois, vor allem im Irak und in Afghanistan (UN Working Group 2009: 9).

Auch mit Blick auf die Regulierung von PSMFs gibt es Unterschiede zwischen den Ländern. Im Anschluss an Skandale um PSMFs, vor allem um die Firma *Blackwater* im Irak, haben US-Kongress und Regierung in den letzten Jahren die Kontrolle über PSMFs verstärkt und dazu zum Beispiel entsprechende Gesetze erlassen sowie die rechtlichen Verantwortlichkeiten für von PSMF-Mitarbeitern im Ausland begangene Straftaten präzisiert (UN Working Group 2010: 2; 5; 11; 24; US Department of Defense 2009). Ganz allgemein hat es nach Auffassung der *UN Working Group on the use of mercenaries as a means of violating human rights and impeding on the exercise of the right of peoples to self-determination* (im Folgenden *UN Working Group* genannt) in den letzten Jahren in den USA einen »change in attitude of the Administration« gegeben, »from a perceptible sense of effective denial regarding any wrongdoing by the security industry, towards a more rigorous debate around the role of PMSCs and the need for oversight« (UN Working Group 2010: 5). Diese Debatte hat sich jedoch nur unzureichend in tatsächlichen Regulierungen niedergeschlagen.

Die britische Regierung hingegen strebt keine staatliche Regulierung von PSMFs an, sondern eine Selbstregulierung der Firmen. Seit der sogenannten *Arms to Africa Affair* 1998 fand in Großbritannien eine mal weniger, mal stärker ausgeprägte Debatte über die Regulierung von PSMFs statt (Joachim 2010). 1998 wurde bekannt, dass die britische PSMF *Sandline International* trotz eines Waffenembargos der Vereinten Nationen in Waffenlieferungen nach Sierra Leone verwickelt war, möglicherweise sogar mit dem Wissen der britischen Regierung (Singer 2003: 115). Infolgedessen hat das *Foreign and Commonwealth Office* (FCO) 2002 ein Grünbuch mit dem Titel »Private Military Companies: Options for Regulation« veröffentlicht, in dem Vor- und Nachteile von fünf Regulierungsoptionen diskutiert werden (FCO 2002). Jedoch wurde keine der darin erwähnten Regulierungsoptionen wei-

ter verfolgt, geschweige denn umgesetzt. Nach Ansicht einer Vertreterin der *British Association of Private Security Companies* (BAPSC), einer Interessenvertretung britischer PSMFs, bestand »kein politischer Handlungsdruck, zumal das Thema im öffentlichen Bewusstsein keinerlei Priorität besaß und darüber hinaus nicht nur potentiell politisch brisant, sondern auch praktisch außerordentlich kompliziert war« (Schulz 2008: 158). 2009 erklärte die Regierung eine Selbstregulierung von PSMFs mittels eines Verhaltenskodexes zu ihrer favorisierten Option (FCO 2009: 6). Ein solcher Kodex solle mit der Regierung abgestimmt werden, jedoch freiwilliger Natur sein (FCO 2010: 2). Diese Entscheidung macht die Normalisierung und Depolitisierung der Privatisierung von Sicherheit deutlich. Nach Ansicht der *UN Working Group* hat sich die britische Regierung für eine Selbstregulierung der PSMFs entschieden, weil sie die PSMF-Industrie wie jede andere Industrie auch betrachtet, als eine Industrie »which is perceived not through the prism of security, human rights and conflicts, but rather through the prism of ›business as usual« (UN Working Group 2009: 11).

Auch bezüglich des Einbezugs der Zivilgesellschaft in die Regulierungsdiskussion gibt es Unterschiede zwischen den USA und Großbritannien. Zwar wurden in den USA Vertreter von NGOs im Kongress zum Thema Regulierung von PSMFs angehört, doch in Großbritannien erfolgte der Einbezug der Zivilgesellschaft durch die Regierung auf breiterer Basis. So fand von April bis Juli 2009 ein öffentlicher Konsultationsprozess statt, um über den Vorschlag einer Selbstregulierung von PSMFs die Meinungen der betroffenen Akteure einzuholen. Darauf aufbauend rief das FCO im Januar und Februar 2010 eine Multistakeholder-Arbeitsgruppe zusammen, bestehend aus Vertretern der Regierung, der PSMF-Industrie und der Zivilgesellschaft, um die Ergebnisse der Konsultation und das weitere Vorgehen zu diskutieren (FCO 2009: 2). Leider wurde nicht öffentlich gemacht, welche NGOs daran beteiligt waren.

Die genannten Gemeinsamkeiten und Unterschiede können helfen, den Diskurs der NGOs mit Blick auf PSMFs zu erklären. Bevor wir jedoch darauf eingehen, welche Positionen NGOs bezüglich PSMFs einnehmen, erörtern wir zunächst die theoretischen Grundlagen unserer Untersuchung.

Framing im Kontext politischer Opportunitätsstrukturen

Die Analyse über das Verhalten von NGOs gegenüber PSMFs beruht auf dem Konzept des Framing.² Frames können verstanden werden »[as] a way of selecting, organizing, interpreting, and making sense of a complex reality so as to provide guideposts for knowing, analysing, persuading, and acting« (Rein/Schön 1991: 263). Dabei tragen sie zur »construction of individuals or groups as social actors in a particular field« (Surel 2000: 500) bei. Frames definieren, wer oder was mit einem Frame übereinstimmt und wer oder was nicht und legitimieren somit bestimmte Akteure (Ingroups) oder bestimmte Tätigkeiten und delegitimieren andere (Outgroups) (Mörth 2000: 173; Surel 2000: 499). Daher ermöglichen Frames uns mit Blick auf die ausgewählten NGOs nicht nur herauszufiltern, welche Bedeutung sie PSMFs beimessen, sondern auch, wie sie diese wahrnehmen und welche Strategien sie aufgrund dessen verfolgen.

Für die hiesige Analyse können zwei Formen des Framing unterschieden werden: diagnostisches Framing und prognostisches Framing. Ersteres meint die Identifikation eines Problems, dessen Gründe und Ursachen sowie die für das Problem verantwortlichen Akteure (Snow/Benford 1988: 200; Wright 2009: 191). Im Zuge des prognostischen Framing werden Lösungen für die identifizierten Probleme vorgeschlagen und Wege, um diese zu erreichen (Snow/Benford 1988: 201). Diese beiden Formen des Framing, die nicht notwendigerweise gekoppelt sein müssen, sondern auch häufig unabhängig voneinander Anwendung finden, können in die Sprache der Sicherheitskulturforschung »übersetzt« werden: Dabei kann diagnostisches Framing als die Formulierung von »Bedrohungsdiagnosen« und prognostisches Framing als die Formulierung von »Therapiemaßnahmen« (Kolliarakis 2011: 72) bezeichnet werden.

Hier wird davon ausgegangen, dass die Wahl einer bestimmten Diagnose und einer entsprechenden Lösung durch eine NGO funktional ist (Daase 2011: 62), da sie in einem positiven Zusammenhang mit den Interessen der NGO, in der Regel der Möglichkeit zur politischen Einflussnahme, steht. In diesem Sinne kann der Framing-Ansatz nicht nur helfen, den Diskurs der NGOs bezüglich PSMFs zu analysieren, sondern auch, unsere Ergebnisse zu

² Die englischen Begriffe *frame* und *framing* können mit Rahmen und Rahmung ins Deutsche übersetzt werden. Aus Gründen der Eindeutigkeit und der Anschlussfähigkeit an die relevante Forschung zum Thema sollen jedoch hier die englischsprachigen Bezeichnungen beibehalten werden.

erklären, denn Framing lässt auf die Deutungsmacht einzelner Akteure schließen: »Framing agents compete with others using counterframes to provide singular interpretations of problems and appropriate solutions« (Payne 2001: 44). Welcher Frame erfolgreich ist, hängt in erheblichem Maße davon ab, wie er von anderen Akteuren angenommen wird (Keck/Sikkink 1998: 27). Dies wiederum hängt von zahlreichen Faktoren ab (Carpenter 2007a; 2007b; 2010; Joachim 2003, 2007; Keck/Sikkink 1998; McAdam et al. 1996), die hier unter politische Opportunitätsstruktur gefasst werden.

Zunächst sollten die in einem Frame transportierten Werte und Vorstellungen mit dem allgemeinen Wertekanon und den Erfahrungen der Zielgruppen des Diskurses der framenden Akteure übereinstimmen (Brysk 1995: 578; Payne 2001: 43; Snow/Benford 1988: 205–210). Neue Frames stellen daher keinen »clean slate of the past« (Surel 2000: 508) dar, sondern »must in effect be composed of previous cognitive and normative structures« (Surel 2000: 508), d.h. sie müssen auf bereits bestehenden Frames und Wertevorstellungen aufbauen (Payne 2001: 43). So ist davon auszugehen, dass NGOs ihren PSMF-Frame an den Normen ausrichten, die von den Zielgruppen ihres Frames allgemein akzeptiert werden. Der PSMF-Diskurs von NGOs richtet sich an mindestens drei verschiedene Zielgruppen:

1. Akteure, von denen sich NGOs Unterstützung für ihren Diskurs erhoffen. Das sind die eigenen Mitglieder, potentielle Aktivisten, andere NGOs sowie Regierungen.
2. Akteure, die ihr Verhalten gegenüber PSMFs ändern sollen. Hierbei handelt es sich vor allem um Regierungen und im hiesigen Kontext insbesondere um die der USA und Großbritanniens.
3. PSMFs selbst, die ihr Verhalten ändern sollen.

So ist anzunehmen, dass NGOs das Thema PSMFs mit solchen Normen verbinden, die ihrer eigenen grundlegenden inhaltlichen Ausrichtung entsprechen, d.h. dass zum Beispiel Menschenrechts-NGOs das Thema PSMFs aus einer Menschenrechtsperspektive behandeln. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass NGOs die Wahl eines Frames am normativen Koordinatensystem der Sicherheitskultur in ihren Heimatländern ausrichten. Wie bereits erläutert ist das normative Umfeld PSMFs gegenüber in den USA und in Großbritannien grundsätzlich positiv zu bewerten. Dies hat vermutlich Folgen für den Diskurs der NGOs, denn »[t]he assumption that market actors are generally efficient makes it difficult to articulate critique [...]« (Leander 2010: 476–477). Jeder normative Frame, den NGOs wählen, um das

Thema der PSMFs zu bearbeiten, steht folglich im Wettbewerb mit dem positiv besetzten Frame der Privatisierung im Allgemeinen. Daher ist zu vermuten, dass NGOs für das Framing von PSMFs andere akzeptierte und positiv besetzte Normen wählen, und zwar solche, die sie durch die Arbeit von PSMFs in Gefahr sehen.

Relevant für den Erfolg eines Frames ist weiterhin die Existenz einflussreicher Verbündeter. Mit Blick auf PSMFs sind hier vor allem die Medien vorstellbar (Carpenter 2010: 227), da diese kritisch über PSMFs, besonders im Zuge von Skandalen um einzelne Firmen, berichten. Des Weiteren ist der Zugang der Frameadvokaten zu Institutionen wichtig für den Erfolg eines Frames (Joachim 2007). Von Bedeutung für NGOs sind hier zum Beispiel persönliche Kontakte zu Vertretern von Regierungen und internationalen Organisationen, die Anhörung im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren oder die Mitarbeit in Multistakeholder-Prozessen. Schließlich können auch ›Gatekeeper‹ als Teil der Opportunitätsstruktur betrachtet werden. Hierbei handelt es sich um einzelne Akteure oder Gruppen, die das Framing eines Themas in einer bestimmten Art und Weise und/oder das Agendasetting eines bestimmten Frames zu verhindern suchen (Carpenter 2007a: 114–115; 2010). Im Folgenden analysieren wir, wie NGOs in Großbritannien und den USA das Thema PSMFs framen. Dabei interessiert uns, welche Herausforderungen und Probleme NGOs mit PSMFs identifizieren (diagnostisches Framing/Bedrohungsdiagnosen) und welche Lösungsvorschläge sie unterbreiten (prognostisches Framing/Therapiemaßnahmen).

Diagnostisches Framing

Wir haben die Homepages der NGOs und ihre im Internet zugänglichen Texte mittels einer Inhaltsanalyse untersucht und auf induktive Weise Kategorien gebildet (Mayring 2008), die jeweils einem Frame entsprechen. Auf diese Weise konnten wir vier unterschiedliche und zum Teil miteinander verknüpfte Frames identifizieren, die Aufschluss darüber geben, ob und inwiefern NGOs PSMFs als Problem begreifen: So werden PSMFs als Akteure dargestellt, die (1) Menschenrechte verletzen, (2) nationale Interessen schädigen und/oder (3) von Kriegen profitieren. Schließlich kann das Thema PSMFs auch (4) als Versagen der Regierung(en) zur effektiven Kontrolle und Regulierung privater Gewaltakteure dargestellt werden.

Wie oben erwähnt, fassen wir unter Diskurse auch Praktiken und gehen davon aus, dass Frames uns nicht nur erlauben, zu identifizieren, wie Akteure ein Problem diskursiv darstellen, sondern auch wie sie dabei praktisch vorgehen, d.h. welche Strategien sie nutzen, um ihre Ideen zu transportieren.

Im Fall der untersuchten NGO-Homepages und Veröffentlichungen lassen sich vier zentrale Strategien erkennen: Protestaktivitäten, Monitoring der Aktivitäten von PSMFs und/oder von Regierungen, Information und Aufklärung der Öffentlichkeit über PSMFs und diesbezügliches Awareness Raising für mit dem Einsatz von PSMFs zusammenhängende Problematiken sowie Symbolic Politics.

Von den britischen NGOs kritisieren vor allem *War on Want* und *International Alert*, aber auch *Rights & Accountability in Development (RAID)* Menschenrechtsverletzungen durch PSMFs und deren Mitarbeiter (*International Alert* 2001; RAID 2009: 6; *War on Want* 2008b: 1). Von den US-amerikanischen NGOs befassen sich *Human Rights First*, *Amnesty International USA*, das *Center for Constitutional Rights* und *Corpwatch* mit dieser Thematik (AIUSA 2011; CCR 2010a; HRF 2008d). Dabei berichten NGOs über Einzelschicksale von Opfern, die durch Einsätze von PSMFs schwer verletzt oder gar getötet wurden, und geben Opfern und Tätern Namen und Gesichter (AIUSA 2008a; 2008c; 2008e; 2010b; CCR 2009; 2010a; Corpwatch 2005: 10–11; HRF 2011: 2; Mathieu/Dearden 2006; Nawa 2006: 15–16; *War on Want* 2008b). Dieser Fokus »on the isolated scandal, on the ›bad eggs in the basket« (Leander 2010: 475) mag erstens daran liegen, dass es einfacher ist, für Einzelfälle Gehör zu finden als für eine allgemeine Kritik an der gesamten PSMF-Branche (Leander 2010: 475). Zweitens entspricht ein solcher Diskurs der Annahme, dass besonders solche Frames erfolgreich sind, die eine klare und kurze Kausalkette zwischen einem Opfer körperlicher Gewalt und einem hierfür verantwortlichen Akteur identifizieren können (Keck/Sikkink 1998: 27–28).

Drittens entspricht dieser Frame auch der Medienberichterstattung über PSMFs, bei der die Skandalisierung, die Hervorhebung einer einzelnen Tat und die Geschichten von klar identifizierbaren Opfern im Vordergrund stehen. Dies bietet NGOs die Möglichkeit, bei den Medien Unterstützung für ihren Frame zu finden. So nehmen einige der NGOs auf den in den Medien sehr präsenten Nissor-Square-Vorfall in Bagdad Bezug, bei dem Angestellte von *Blackwater* willkürlich auf Zivilisten schossen und dabei 17 von ihnen töteten (AIUSA 2008a; CCR 2009; HRF 2008a: 1; *War on Want* 2008a: 1). Dabei wird dieser Vorfall von den NGOs als »powerful symbolic event[.]« (Keck/Sikkink 1998: 22) interpretiert und genutzt, um auf die mit dem Einsatz von PSMFs zusammenhängenden Problematiken hinzuweisen.

Zusätzlich zu Menschenrechtsverletzungen beklagen die US-amerikanischen NGOs *Amnesty International USA*, das *Center for Constitutional Rights*

und *Human Rights First* die fehlende Verantwortlichkeit der PSMFs und deren Straflosigkeit. In diesem Zusammenhang klagen die NGOs jedoch nicht nur PSMFs an, sondern vor allem die US-Regierung für ihr »systematic failure to hold contractors accountable for acts of violence and abuse« (Massimino zit. in HRF 2008c; AIUSA 2008c; 2008d: 1; 2010a; CCR 2010b; HRF 2008b). Dies erscheint plausibel angesichts der Tatsache, dass die US-Regierung der wichtigste Auftraggeber von US-amerikanischen PSMFs ist und die Firmen nur unzureichend kontrolliert und reguliert. Im Fokus der Anklage steht vor allem das US-Justizministerium, von dem *Amnesty International USA* behauptet: »[It] largely failed in its obligation to prosecute U.S. contractors for serious human rights violations, and worse, it appears to have taken steps to undermine access to justice« (AIUSA 2010b; siehe auch CCR 2010a; HRF 2008d: i). Von den britischen NGOs beklagt vor allem *War on Want* (Mathieu/Dearden 2006: 17; Hilary 2009) die Untätigkeit der eigenen Regierung bezüglich der Regulierung von PSMFs.

Angesichts der Tatsache, dass PSMFs eine wichtige Rolle in der US-amerikanischen Außenpolitik spielen, ist es verständlich, dass die US-NGOs in ihrem Diskurs darauf Bezug nehmen. Dabei tritt im Diskurs von *Human Rights First* und *Corpwatch* neben der Menschenrechtsnorm auch das nationale Interesse in Konkurrenz zur Privatisierungsnorm. So argumentieren NGOs, das Verhalten von PSMFs »undermined U.S. military efforts in Iraq and Afghanistan; damaged U.S. counterterrorism efforts throughout the world; and diminished the United States' reputation as a world leader in human rights« (HRF 2008b: 1; siehe auch HRF 2008c). Von den britischen NGOs spricht einzig eine Veröffentlichung von *International Alert* aus dem Jahr 2001 die potentiell negativen Effekte des Verhaltens von PSMFs für das »achievement of UK foreign policy objectives« (Beyani/Lilly 2001: 9) an.

Interessanterweise und im Gegensatz zur Berichterstattung in den Medien ist das Framing von PSMFs als Kriegsprofiteure unter den NGOs nicht weit verbreitet, obwohl es an den Menschenrechtsframe anschlussfähig wäre. Von den von uns untersuchten NGOs klagen vor allem *Corpwatch* und *War on Want* PSMFs an, von Kriegen zu profitieren (Chatterjee 2002; 2003; *Corpwatch* 2004; 2005; *War on Want* 2008b). Der Fokus liegt dabei allerdings meist auf einzelnen Unternehmen, beispielsweise der Firma *Halliburton* (*Corpwatch* 2004; 2005; 2007). Wie im Falle des Verantwortlichkeits-Frames identifizieren die NGOs dabei nicht nur die PSMFs selbst als die für das Problem verantwortlichen Akteure, sondern auch die US-Regierung und sogar einzelne Regierungsmitglieder. In diesem Zusammenhang erwähnt

Corpwatch die »Drehtür« zwischen der US-Regierung und PSMFs (Chatterjee 2002) und verweist auf die engen Beziehungen zwischen dem ehemaligen Vizepräsidenten Dick Cheney und Halliburton (Chatterjee 2002; *Corpwatch* 2004; 2005).

Bei der Darstellung der genannten diagnostischen Frames wenden NGOs verschiedene Strategien an, von denen einige bereits vereinzelt erwähnt wurden. Insgesamt ist für fast alle NGOs die Verbreitung von Informationen und damit zusammenhängend die Aufklärung über die Einsätze von PSMFs und dabei auftretende Probleme ein zentrales Anliegen. Protestaktivitäten hingegen werden hauptsächlich von jenen Organisationen durchgeführt, die eine vergleichsweise kritische Haltung gegenüber PSMFs einnehmen. So haben beispielsweise nur *Codepink* und *War on Want* gegen PSMFs demonstriert (Codepink 2007, *War on Want* 2011). *Human Rights First* und *Corpwatch* sind in Monitoring involviert und beobachten die Aktivitäten der US-Regierung in Hinblick auf PSMFs sowie der Aktivitäten der PSMFs selbst (Chatterjee 2010; *Corpwatch* 2004; 2005; 2006; 2007; HRF 2008a; 2008b; 2010a; Nawa 2006: 19–20).

Prognostisches Framing

Ähnlich wie im Fall der diagnostischen Frames gibt es große Unterschiede zwischen den NGOs bezüglich der vorgeschlagenen Lösungen zum Umgang mit PSMFs, wobei drei Positionen unterschieden werden können. Dabei wenden die untersuchten NGOs zwei Strategien an, um für ihre Lösungsvorschläge zu werben. Während die Organisationen mit tendenziell radikaleren Forderungen Protestaktivitäten durchführen, engagieren sich die NGOs mit den moderateren Forderungen in der Politikberatung.

Eine erste Gruppe von drei US-amerikanischen NGOs (*Codepink*, *Center for Constitutional Rights*, *Corpwatch*) vertritt die weitestgehenden Positionen und fordert, dass die US-Regierung die Verträge mit PSMFs beenden oder die Firmen verbieten soll (CCR 2011; Codepink 2007; *Corpwatch* 2004: 22; 2005: 26; 2007: 23). Um ihren Forderung Nachdruck zu verleihen, führen die respektiven NGOs Protestaktivitäten durch (Codepink 2010) und verwenden ein vergleichsweise aggressives Vokabular. So bezeichnet *Codepink* die Firma *Blackwater* als »mercenary company that has become known as Murder, Inc.« (Benjamin zit. in Codepink 2007).

Im Unterschied zu diesen drei NGOs sind die Forderungen der britischen *War on Want* und *CAAT* und der US-amerikanischen *Amnesty International USA* und *Human Rights First* moderater. Statt einem Verbot von PSMFs, einer Bestrafung der Firmen oder einem Verzicht auf Verträge mit bestimmten Unternehmen sprechen sie sich für ein Verbot von solchen Dienstleistungen aus, die auf Kampfhandlungen bezogen sind, und fordern eine Regulierung der übrigen Tätigkeiten von PSMFs (AIUSA 2008e; CAAT 2002; War on Want 2010; Wrigley 1999). Dies soll aus Sicht von *Human Rights First* helfen »[to r]estoring our nation's commitment to protection of human rights and to accountability for human rights violations by all sent to do the nation's business abroad« (HRF 2008b: 1). Die im inner-US-amerikanischen Vergleich moderaten Forderungen von *Amnesty International USA* und *Human Rights First* können möglicherweise mit der Mitarbeit der beiden NGOs in Multistakeholder-Prozessen zur Regulierung von PSMFs erklärt werden (Chatterjee 2011; HRF 2010).

Über die Vorschläge der genannten NGOs zu einer Regulierung von PSMFs hinausgehend weisen die beiden britischen NGOs *Saferworld* und *International Alert* PSMFs gar eine gesellschaftliche Rolle zu, als Akteure von Security Governance. Dabei geht es darum, wie PSMFs zur Bereitstellung von Sicherheit beitragen können. *Saferworld* hat zum Beispiel eine Studie über die Rolle von PSMFs im Rahmen von Sicherheitssektorreformprogrammen (Richards/Smith 2007) veröffentlicht. Darin vertritt die Organisation die Ansicht, dass PSMFs, wenn sie effektiv reguliert würden, »a valuable contribution to the provision of security« (Richards/Smith 2007: 28) leisten könnten.

Die eben genannten NGOs beschränken sich auf die Strategien der Informationsverbreitung und der Politikberatung. Letzteres erfolgt in der Regel im Zuge ihrer Partizipation in Multistakeholderforen zur Regulierung von PSMFs (Makki 2001; O'Grady 2001; SEESAC 2006). Die Mitarbeit in diesen Prozessen, aber auch die grundsätzliche Einbettung von NGOs in die Regulierungsdebatte in Großbritannien kann ein Grund für den moderaten Diskurs der britischen NGOs sein. Die Sichtweise, dass PSMFs Teil von Security Governance seien und die Fokussierung oder gar Beschränkung auf die Strategien der Informationsverbreitung und Politikberatung kann für NGOs zum einen sinnvoll sein, um sich als seriöse Partner zu präsentieren, vor allem gegenüber der britischen Regierung, aber auch gegenüber internationalen Organisationen und der PSMF-Industrie. Zum anderen können NGOs durch einen solch moderaten Diskurs möglicherweise Zugang zu In-

stitutionen erhalten. Zugleich kann aber auch der Zugang zu Institutionen bzw. die Teilnahme an institutionalisierten Regulierungsdiskussionen und -prozessen eine zähmende Wirkung auf den Diskurs der betroffenen NGOs haben. Somit können Multistakeholder-Prozesse auch als ‚Gatekeeper‘-Instanz verstanden werden, die ein allzu kritisches Framing von PSMFs verhindert.

Entsprechend ist die von *Saferworld* und *International Alert* verwandte Sprache neutral und die Qualität ihrer Berichte ist fast schon mit wissenschaftlichen Arbeiten vergleichbar. Die NGOs sind bestrebt, unterschiedliche Dimensionen des Phänomens möglichst sachlich zu analysieren, zum Beispiel die veränderten Rahmenbedingungen oder die existierenden Formen der Regulierung auf internationaler und nationaler Ebene. Diese differenzierte Position der NGOs wird auch daran deutlich, dass *Saferworld* und *International Alert* zwischen Söldnern, privaten Sicherheits- und privaten Militärfirmen unterscheiden (Page, 2005; Beyani/Lilly 2001; Lilly 2000). Nach Ansicht von *International Alert* ist die Unterscheidung zwischen diesen Akteuren zwar nicht immer eindeutig, doch ein »clear understanding of the actors involved in the export of military services is a necessary prerequisite for the formulation of legislation« (Beyani/Lilly 2001: 15). Daran wird einerseits deutlich, dass die NGOs ihren Diskurs dem politischen Kontext in Großbritannien anpassen. Andererseits zeigt sich die Ambivalenz von NGOs als Sicherheitsakteure und als neutrale Beobachter.

Fazit und Ausblick

In unserer Analyse britischer und US-amerikanischer NGOs haben wir elf NGOs identifiziert, die sich mit dem Thema PSMFs befassen. In den USA, wo PSMFs den Großteil ihrer Verträge mit der US-Regierung abschließen und die US-Regierung die treibende Kraft der Privatisierung von Sicherheit ist, richtet sich der PSMF-Frame der NGOs zu großen Teilen gegen die Regierung. In Großbritannien, wo PSMFs meist für andere Unternehmen arbeiten und die Regierung die NGOs in einen Konsultationsprozess zur Regulierung von PSMFs eingebunden hat, fokussieren sich NGOs hingegen vielmehr auf die Strategien der Informationsverbreitung und Politikberatung und betrachten PSMFs vor allem im Kontext von Security Governance und Menschenrechten. Insgesamt verfolgen die britischen NGOs dabei modera-

tere Forderungen als die US-amerikanischen. Letztere fordern entweder ein Verbot aller oder einzelner PSMFs oder deren effektive Regulierung. Von den britischen NGOs fordert keine ein generelles Verbot von PSMFs. Zwei NGOs sind sogar der Ansicht, dass PSMFs selbst ein Teil der Lösung für Sicherheitsprobleme seien, indem sie im Rahmen von Security Governance Sicherheitsdienstleistungen erbringen.

Was mögliche Erklärungen für das Verhalten von NGOs betrifft, so lassen sich diesbezüglich unterschiedliche Hypothesen formulieren. Erstens könnten die Reaktionen auf die Identitäten der betreffenden NGOs zurückzuführen sein, die sich mehr oder weniger als Advokat oder Wissensvermittler, als Insider oder Outsider begreifen. Darüber hinaus spielt sicherlich auch die eigene Agenda eine Rolle und inwiefern sich das Thema PSMFs in bestehende thematische Schwerpunkte und Kampagnen einpasst. Plausibilisierungen dieser Vermutungen erfordern eine eingehende Beschäftigung damit, wie NGOs ihre Themen im Allgemeinen und mit Blick auf PSMFs auswählen. Allerdings lässt sich jetzt schon sagen, dass keine der im Sample befindlichen NGOs PSMFs schwerpunktmäßig behandelt.

Zweitens könnte die eher moderate Haltung von NGOs auch im Zusammenhang mit dem betroffenen Politikfeld Sicherheit stehen, in dem das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure nach wie vor noch sehr beschränkt und eine Entwicklung jüngerer Datums ist. Eine Reihe an Studien über NGOs in diesem Bereich weist darauf hin, dass es sich bei den betreffenden Organisationen meist um solche handele, die eher Thinktanks entsprächen und die deshalb zu einem kompromissorientierten Politikstil neigten als zu symbolischen Aktionen (Dembinski 2009; Joachim/Dembinski 2011). Von den von uns untersuchten NGOs entsprechen vor allem International Alert, Saferworld und Human Rights First diesem Typ von Organisation.

Neben diesen beiden Erklärungen drängen sich aber auch noch weitere auf, die sich eher aus Veränderungen in den politischen Opportunitätsstrukturen, in die die untersuchten NGOs eingebettet sind, ableiten lassen. Zum einen könnte die Zurückhaltung der Tatsache geschuldet sein, dass NGOs aufgrund zunehmender Sicherheitsprobleme vermehrt selbst auf die Dienstleistungen der PSMFs zurückgreifen und deshalb vor zu starker Kritik und Politisierung zurückscheuen. Zum anderen scheint die tendenziell moderate Position von NGOs und insbesondere die positive Rolle, die PSMFs im Rahmen von Security Governance zugedacht wird, auch ein Indiz für die Normalisierung der Privatisierung von Sicherheit im Zuge einer veränderten Sicherheitskultur zu sein. Dabei werden PSMFs nicht nur als nichtstaatliche

Sicherheitsdienstleister akzeptiert, die vom Staat reguliert werden sollen, sondern ihnen wird gar eine Rolle zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zugeordnet. Somit werden sie nicht nur als *Instrumente* von Regierungen, sondern als *Akteure* betrachtet. In diesem Kontext ist die Privatisierung von Sicherheit politisch folgenreich, da PSMFs selbst ›Bedrohungsdiagnosen‹ und ›Therapiemaßnahmen‹ definieren. Eine politische Lesart der Privatisierung von Sicherheit findet sich aber nur selten im Diskurs von NGOs. Vielfach wird die Übertragung bestimmter Sicherheitsaufgaben an PSMFs als eine Art technischer Akt verstanden, der nach bestimmten Regeln ablaufen sollte. Damit verbunden ist die Annahme, dass wenn diese Regeln befolgt werden, Privatisierung von Sicherheit einen positiven Beitrag für die Gesellschaft leisten kann.

Jede dieser Hypothesen bedürfte eingängiger Betrachtung. Eine solche scheint jedoch angebracht vor dem Hintergrund, dass NGOs und vielmehr ihre Reaktionen ein guter Indikator für gesellschaftliche Entwicklungen sind und weitere Untersuchungen uns Aufschluss darüber geben könnten, ob ihr Verhalten eher strategischem Kalkül geschuldet ist oder aber der Sedimentierung einer neuen Norm.

Literatur

- Abrahamsen, Rita/Williams, Michael C.* 2011: Security Beyond the State. Private Security in International Politics, Cambridge.
- AIUSA* 2008a: Carnage and Despair. Iraq Five Years On, in: <http://www.amnesty.org/en/library/asset/MDE14/001/2008/en/3f78611b-f1e9-11dc-adcd-cdafd0ab0dfe/mde140012008eng.pdf>; 23.11.2010.
- AIUSA* 2008b: Carnage and Despair. Iraq Five Years On. The Role of Private Military and Security Contractors, in: http://www.amnestyusa.org/business/pdf/extra_recs_lowres.pdf; 23.11.2010.
- AIUSA* 2008c: Fact Sheet: Outsourcing Abuses in the ›Global War on Terror‹, in: <http://www.amnestyusa.org/business/pdf/pmscsfactsheet3-08.pdf>; 23.11.2010.
- AIUSA* 2008d: Petition to the Justice Department. Investigate and prosecute military contractors who torture, in: <http://www.amnestyusa.org/business/pdf/dojpetition3-08.pdf>; 18.11.2010.
- AIUSA* 2008e: Private Military and Security Contractors: Questions and Answers, in: <http://www.amnestyusa.org/business/pdf/pmscsqa3-08.pdf>; 23.11.2010.
- AIUSA* 2010a: Improved Human Rights Policies and Practices Within Private Military and Security Companies (PMSCS), in: <http://www.amnestyusa.org/milita>

- ry-contractors/improved-human-rights-policies-and-practices-within-pmscs/page.do?id=1520015; 23.11.2010.
- AIUSA* 2010b: Private Military and Security Companies, in: <http://www.amnestyusa.org/military-contractors/page.do?id=1101665>; 23.11.2010.
- AIUSA* 2011: Private Military and Security Companies, in: <http://www.amnestyusa.org/our-work/issues/business-and-human-rights/private-military-and-security-companies>; 30.10.2011.
- Bearpark, Andrew* 2007: We need private security companies, but we also need clearer rules for them, Dossier Security and Defence, in: Europe's World, Summer 2007, in: <http://www.europesworld.org/NewEnglish/Home/Article/tabid/191/ArticleType/ArticleView/ArticleID/21131/Default.aspx>; 04.05.2010.
- Bearpark, Andrew* 2009: Securing Standards, in: *Intersec: The Journal of International Security*, 18–20.
- Beyani, Chaloka/Lilly, Damian* 2001: Regulating Private Military Companies. Options for the UK Government. London: International Alert, in: http://www.international-alert.org/pdf/reg_pmc.PDF; 23.11.2010.
- Brysk, Alison* 1995: ›Hearts and Minds‹: Bringing Symbolic Politics Back, in: *The Journal of the Northeastern Political Science Association* 27: 4, 559–586.
- CAAT* 2002: Comments from the Campaign Against Arms Trade on the Green Paper on Private Military Companies, in: <http://www.caat.org.uk/resources/publications/government/mercenary-0802.php>; 28.04.2011.
- Carpenter, Charli R.* 2007a: Setting the Advocacy Agenda. Theorizing Issue Emergence and Nonemergence in Transnational Advocacy Networks, in: *International Studies Quarterly* 51: 1, 99–120.
- Carpenter, Charli R.* 2007b: Studying Issue (Non)-Adoption in Transnational Advocacy Networks, in: *International Organization* 61: 3, 643–667.
- Carpenter, Charli R.* 2010: Governing the Global Agenda. ›Gatekeepers‹ and ›Issue Adoption‹ in Transnational Advocacy Networks, in: *Avant, Deborah/Finnemore, Martha/Sell, Susan K.* (Hrsg.): *Who Governs the Globe?*, Cambridge, 202–237.
- CCR* 2009: Guns for Hire in Iraq: The Cases against Blackwater, in: http://ccrjustice.org/files/CCR_Blackwater_Factsheet_Sept_09_0.pdf; 23.11.2010.
- CCR* 2010a: Accountability for Torture by Private Military Contractors, in: <http://ccrjustice.org/files/Final%202010%20contractor%20factsheet.pdf>; 23.11.2010.
- CCR* 2010b: Tell Congress: Stop Outsourcing Security, in: <http://ccrjustice.org/get-involved/action/tell-congress%3A-stop-outsourcing-security!>; 23.11.2010.
- CCR* 2011: Stand Down, in: <http://ccrjustice.org/stand-down>; 30.10.2011.
- Chatterjee, Pratap* 2002: The War on Terrorisms Gravy Train. Cheney's Former Company Wins Afghanistan War Contracts, 02.05.2002, in: <http://www.corpwatch.org/article.php?id=2471>; 23.11.2010.
- Chatterjee, Pratap* 2003: Halliburton Makes a Killing on Iraq War. Cheney's Former Company Profits from Supporting Troops, 20.03.2003, in: <http://www.corpwatch.org/article.php?id=6008>; 23.11.2010.

- Chatterjee, Pratap* 2006: Doing the Dirty Work, in: Colorlines: The National Newsmagazine on Race and Politics 33, in: <http://www.colorlines.com/printerfriendly.php?ID=139>; 23.11.2010.
- Chatterjee, Pratap* 2010: DynCorp Oversight in Afghanistan Faulted, in: <http://www.corpwatch.org/article.php?id=15540>; 26.02.2010.
- Chatterjee, Pratap* 2011: Statement of Pratap Chatterjee Visiting Fellow, Center for American Progress before the United Nations Office of the High Commissioner for Human Rights Expert Meeting, Working Group On The Use Of Mercenaries, 07.07.2011, in: http://www.americanprogressaction.org/issues/2011/07/pdf/pratap_contractors.pdf; 21.10.2011.
- Codepink* 2007: CODEPINK Protests at DC-Based Private Security Group to Condemn Blackwater and Call for its Expulsion from Iraq, in: <http://www.codepink4peace.org/article.php?id=3469>; 23.11.2010.
- Codepink* 2010: Tell Hillary Clinton: Stop Doing Business with Blackwater, in: http://www.change.org/codepinkalert/petitions/view/tell_hillary_clinton_stop_doing_business_with_blackwater; 23.11.2010.
- Corpwatch* 2004: Houston, We Have a Problem, in: <http://s3.amazonaws.com/corpwatch.org/downloads/houston.pdf>; 23.11.2010.
- Corpwatch* 2005: Houston, We Still Have a Problem, in: <http://s3.amazonaws.com/corpwatch.org/downloads/houston.2005.pdf>; 23.11.2010.
- Corpwatch* 2006: Hurricane Halliburton. Conflict, Climate Change & Catastrophe. An Alternative Annual Report on Halliburton, in: <http://s3.amazonaws.com/corpwatch.org/downloads/houston2006.pdf>; 19.11.2010.
- Corpwatch* 2007: Goodbye Houston. Conflict, Climate Change & Catastrophe, in: <http://s3.amazonaws.com/corpwatch.org/downloads/hal2k7.pdf>; 23.11.2010.
- CWC* 2009: Commission on Wartime Contracting in Iraq and Afghanistan: At What Cost? Contingency Contracting in Iraq and Afghanistan, Interim Report to Congress.
- CWC* 2010: Commission on Wartime Contracting in Iraq and Afghanistan: At what risk? Correcting Over-Reliance on Contractors in Contingency Operations (Second Interim Report to Congress. Recommendations for Legislative and Policy Changes).
- Daase, Christopher* 2011: Sicherheitskultur. Ein Konzept zur interdisziplinären Erforschung politischen und sozialen Wandels, in: *Sicherheit und Frieden* 29: 2, 59–65.
- Deitelhoff, Nicole/Geis, Anna* 2007: Warum Reformen nicht allein an Effektivitätssteigerung gemessen werden sollten. Das Beispiel der Sicherheitspolitik, in: Wolf, Klaus-Dieter (Hrsg.): *Staat und Gesellschaft – fähig zur Reform?* 23. wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Baden-Baden, 303–327.
- Dembinski, Matthias* 2009: NGOs and Security. The Case of the European Union, in: Joachim, Jutta/Locher, Birgit (Hrsg.): *Transnational Activism in the UN and the EU. A Comparative Study*, London, 154–168.

- Donald, Dominick* 2006: After The Bubble: British Private Security Companies After Iraq, in: Whitehall Paper 66, London.
- DynCorp* 2008: DynCorp International Wins New \$12 Million Contract for Demining and Explosives Removal, press release, in: <http://www.dyn-intl.com/news2008/news102908.aspx>; 17.06.2010.
- FCO* 2002: Private Military Companies. Options for Regulation, London.
- FCO* 2009: Consultation Document. Consultation on Promoting High Standards of Conduct by Private Military and Security Companies (PMSCs) Internationally, London.
- FCO* 2010: Private Military and Security Companies (PMSCs). Summary of Public Consultation Working Group, London.
- Hilary, John* 2009: Miliband and the Mercenaries. The Government's Refusal to Regulate Military Companies Opens the Way to the Privatisation of War, in: <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2009/apr/28/david-miliband-private-military>; 28.04.2011.
- HRF* 2008a: Ending Private Contractor Impunity: Report Cards on the U.S. Government Response since Nisoor Square, in: <http://www.humanrightsfirst.org/pdf/PSC-081118-report-card.pdf>; 23.11.2010.
- HRF* 2008b: How to End Impunity for Private Security and Other Contractors. Blueprint for the Next Administration, in: <http://www.humanrightsfirst.org/pdf/PSC-081118-end-cont-impun-blueprint.pdf>; 23.11.2010.
- HRF* 2008c: Press Release: Blueprint for the Next President Provides Step-by-Step Guide to End Private Contractor Impunity, in: <http://www.humanrightsfirst.org/media/usls/2008/alert/358/index.htm>; 23.11.2010.
- HRF* 2008d: Private Security Contractors at War. Ending the Culture of Impunity, in: <http://www.humanrightsfirst.info/pdf/08115-usls-psc-final.pdf>; 23.11.2010.
- HRF* 2010: State of Affairs: Three Years After Nisoor Square. Accountability and Oversight of U.S. Private Contractors and Other Contractors, in: http://www.humanrightsfirst.org/pdf/State_Of_Affairs.pdf; 23.11.2010.
- HRF* 2011: Examples of Violent Crimes and Abuses by U.S. Contractors, in: http://www.humanrightsfirst.org/wp-content/uploads/pdf/Examples_of_Contractor_Abuses.pdf; 30.10.2011.
- Holmqvist, Caroline* 2005: Private Security Companies. The Case for Regulation, in: SIPRI Policy Paper 9, in: <http://books.sipri.org/files/PP/SIPRIPP09.pdf>; 29.04.2011.
- International Alert* 2001: Written Statement Submitted by International Alert, a Non-Governmental Organization in Special Consultative Status, Economic and Social Council, Commission on Human Rights, E/CN.4/2001/NGO/174.
- ISOA* 2011: ISOA Members and Disaster Response, in: <http://ipoaworld.org/eng/disasterresponse.html>; 22.06.2011.
- Joachim, Jutta* 2003: Framing Issues and Seizing Opportunities: The UN, NGOs, and Women's Rights, in: *International Studies Quarterly* 47: 2, 247–274.

- Joachim, Jutta* 2007: Agenda Setting, the UN, and NGOs: Gender Violence and Reproductive Rights, Washington, DC.
- Joachim, Jutta* 2010: Transformation of the State? Reactions to the Privatization of Security in Great Britain (TranState Working Papers 135), Bremen.
- Joachim, Jutta/Dembinski, Matthias* 2011: A Contradiction in Terms? NGOs, Democracy, and European Foreign and Security Policy, in: *Journal of European Public Policy* 18: 8, 1151–1168.
- Keck, Margaret E./Sikkink, Kathryn* 1998: Activists Beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics, Ithaca, NY.
- Kolliarakis, Georgios* 2011: Die neue Ambivalenz in der Sicherheitspolitik. Sicherheitskultur als tiefer Kontext, in: *Sicherheit und Frieden* 29: 2, 72–78.
- Krahmann, Elke* 2005: Private Military Services in the UK and Germany. Between Partnership and Regulation, in: *European Security* 14: 2, 277–295.
- Leander, Anna* 2005: The Market for Force and Public Security. The Destabilizing Consequences of Private Military Companies, in: *Journal of Peace Research* 42: 5, 605–622.
- Leander, Anna* 2010: The Paradoxical Impunity of Private Military Companies. Authority and the Limits to Legal Accountability, in: *Security Dialogue* 41: 5, 467–490.
- Leander, Anna/van Munster, Rens* 2007: Private Security Contractors in the Debate about Darfur. Reflecting and Reinforcing Neo-Liberal Governmentality, in: *International Relations* 21: 2, 201–216.
- Lilly, Damian* 2000: The Privatization of Peacekeeping. Prospects and Realities. Disarmament Forum, United Nations Institute for Disarmament Research, 3.
- Makki, Sami* 2001: The Politicisation of Humanitarian Action and Staff Security. The Use of Private Security Companies by Humanitarian Agencies (International Workshop Summary Report. International Alert, Feinstein International Famine Center), in: <http://www.international-alert.org/pdf/Tuftrep.pdf>; 23.11.2010.
- Mathieu, Fabien/Dearden, Nick* 2006: Corporate Mercenaries. The Threat of Private Military and Security Companies. War on Want, London, in: <http://www.waronwant.org/attachments/Corporate%20Mercenaries.pdf>; 23.11.2010.
- Mayring, Philipp* 2008: Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken, Weinheim.
- McAdam, Doug/McCarthy, John D./Zald, Mayer N.* (Hrsg.) 1996: Comparative Perspectives on Social Movements. Political opportunities, mobilizing structures, and cultural framings, Cambridge.
- Menches, Jayanti* 2010: Providing Cover. Assisting with Life Support for Thousands of Displaced Haitians, in: *Journal of International Peace Operations* 5: 6, 10–11.
- Mörth, Ulrika* 2000: Competing Frames in the European Commission. The Case of the Defence Industry and Equipment Issue, in: *Journal of European Public Policy* 7: 2, 173–189.

- Nawa, Fariba* 2006: Afghanistan, Inc. A Corpwatch Investigative Report, in: <http://s3.amazonaws.com/corpwatch.org/downloads/AfghanistanINCfinalsmall.pdf>; 23.11.2010.
- O'Grady, Margaret E.* (Hrsg.) 2001: The Privatization of Security: Framing a Conflict Prevention and Peacebuilding Policy Agenda (Wilton Park Conference, November 19–21 1999, International Alert), in: <http://www.international-alert.org/pdf/wilconf.pdf>; 23.11.2010.
- Page, Michael/Rynn, Simon/Taylor, Zack/Wood, David* 2005: SALW and Private Security Companies in South Eastern Europe: A Cause or Effect of Insecurity? SEESAC, in: http://www.saferworld.org.uk/downloads/pubdocs/SALW_and_PSCs.pdf; 16.11.2010.
- Payne, Rodger A.* 2001: Persuasion, Frames and Norms Construction, in: *European Journal of International Relations* 7: 1, 37–61.
- RAID* 2009: Memorandum of Evidence to the Joint Committee on Human Rights, in: <http://www.reports-and-materials.org/RAID-submission-to-UK-Joint-Committee-6-May-2009.doc>; 28.04.2011.
- Rein, Martin/Schön, Donald* 1991: Frame-Reflective Policy Discourse, in: Wagner, Peter/Hirschon Weiss, Carol/Wittrock, Bjorn/Wollmann, Hellmut (Hrsg.): *Social Sciences and Modern States. National Experiences and Theoretical Crossroads*, Cambridge, 262–289.
- Richards, Anna/Smith, Henry* 2007: Addressing the Role of Private Security Companies Within Security Sector Reform Programmes, in: Saferworld, in: http://www.saferworld.org.uk/downloads/pubdocs/PSC_%20report.pdf; 16.11.2010.
- Schulz, Sabrina* 2008: Private Sicherheit als Exportschlager? Die private Sicherheitsindustrie in Großbritannien im Spannungsfeld freier Marktkräfte und internationaler Rechtsgüter, in: Feichtinger, Walter/Braumandl, Wolfgang/Kautny, Nieves-Ersebet (Hrsg.): *Private Sicherheits- und Militärfirmen. Konkurrenten – Partner – Totengräber?*, Wien, 147–161.
- SEESAC* 2006: The Sarajevo Code of Conduct for Private Security Companies, in: <http://www.saferworld.org.uk/downloads/pubdocs/Code%20of%20conduct.pdf>; 16.11.2010.
- Singer, Peter W.* 2003: *Corporate Warriors. The Rise of the Privatized Military Industry*, Ithaca, NY.
- Singer, Peter W.* 2004: War, Profits, and the Vacuum of Law. Privatized Military Firms and International Law, in: *Columbia Journal of Transnational Law* 42: 2, 521–549.
- Snow, David A./Benford, Robert D.* 1988: Ideology, Frame Resonance, and Participation Mobilization, in Bert Klandermans (Hrsg.): *International Social Movement Research. A Research Annual*. 1, 197–217.
- Surel, Yves* 2000: The Role of Cognitive and Normative Frames in Policy-Making, in: *Journal of European Public Policy* 7: 5, 495–512.
- UN Working Group* 2009: Report of the Working Group on the Use of Mercenaries as a Means of Violating Human Rights and Impeding the Exercise of the Right

- of Peoples to Self-Determination. Mission to the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, A/HRC/10/14/Add.2, 19.02.2009.
- UN Working Group* 2010: Report of the Working Group on the Use of Mercenaries as a Means of Violating Human Rights and Impeding the Exercise of the Right of Peoples to Self-Determination. Human Rights Council, A/HRC/15/25/Add.3, 15.06.2010.
- US Department of Defense* 2009: Interim Final Rule on Private Security Contractors (PSCs) Operating in Contingency Operations, in: Federal Register 74: 136, 34690–34694.
- Vaughn, Jocelyn* 2009: The Unlikely Securitizer: Humanitarian Organizations and the Securitization of Indistinctiveness, in: Security Dialogue 40: 3, 263–285.
- Warkentin, Craig* 2001: Reshaping World Politics: NGOs, the Internet, and Global Civil Society, Lanham, MD.
- War on Want* 2008a: Getting Away With Murder. The Need for Action on UK Private Military and Security Companies (War on Want Briefing), in: <http://www.waronwant.org/attachments/Getting%20Away%20with%20Murder.pdf>; 23.11.2010.
- War on Want* 2008b: Up Front. Private Armies, in: <http://www.waronwant.org/attachments/UpFront%20-%20Private%20Armies.pdf>; 23.11.2010.
- War on Want* 2010: Stop Private Armies Now, in: <http://www.waronwant.org/campaigns/corporations-and-conflict/private-armies/action/16940-stop-private-armies-now>; 18.11.2010.
- War on Want* 2011: Mercenaries Protest Opposes Afghan war, in: <http://www.waronwant.org/news/press-releases/17361-mercenaries-protest-opposes-afghan-war>; 30.10.2011.
- Wright, Stuart A.* 2009: Strategic Framing of Racial-Nationalism in North America and Europe: An Analysis of a Burgeoning Transnational Network, in: Terrorism and Political Violence 21: 2, 189–210.
- Wrigley, Christopher* 1999: The Privatisation of Violence: New Mercenaries and the State, in: <http://www.caat.org.uk/resources/publications/government/mercenaries-1999.php>; 28.04.2011.
- Wulf, Herbert* 2005: Internationalisierung und Privatisierung von Krieg und Frieden, (BICC/DCAF Schriften zu Sicherheitssektor und Konversion, Band 11), Baden-Baden.